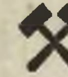
Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 14 — Dienstag, den 27. Januar 1931 — 49. Jahrgang

Die Entscheidung in Genf

Die Einigung über Oberschlesien — Der Völkerbund stellt die Schuld Polens fest — Aenderung des Systems in Oberschlesien gefordert — Die Minderheiten müssen geschützt werden — Polen verspricht Entschädigung und Bestrafung der Schuldigen — Ein Appell Hendersons — Die Genfer Konvention muß innegehalten werden

Genf. In der Sonnabend-Nachmittagbesprechung beim englischen Außenminister **Henderson**, an der **Curtius** und **Briand** teilnahmen, ist eine Einigung über den **Bericht** des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage erzielt worden. Der Bericht wurde noch Sonnabend nachmittag in öffentlicher Sitzung des Rates angenommen. Auf deutscher Seite wird der Bericht **als eine befriedigende Regelung angesehen.**

Der Bericht stellt einen **Bruch der Bestimmungen des Minderheitenabkommens durch die polnische Regierung fest** und spricht in der in Genf üblichen verklausulierten Sprache **Polen die Mißbilligung des Völkerbundsrates aus.**

Der wichtigste Punkt, die Garantie für die Zukunft, soll in der Weise geregelt sein, daß die polnische Regierung auf der **Mai-Tagung** über die **Aenderung des Systems in Oberschlesien** und insbesondere über die **Bestrafung der Schuldigen**, auch der hohen Beamten, berichten soll, und daß sodann der Rat sich einzehend mit der **tatsächlich erfolgten Durchführung der polnischen Maßnahmen zu beschäftigen hat.** Ferner ist in dem Bericht der **Bruch** der allgemeinen Minderheitenschutzbestimmungen während der Wahlvorgänge im Korridor in der Wojewodschaft Posen **festgestellt.**

Hendersons Appell

Genf. Nach der Verlesung des Berichtes des japanischen Botschafters dankte **Henderson** als Präsident des Völkerbundsrates dem Berichterstatter für die Lösung eines so schwierigen Problems und beglückwünschte den Völkerbundsrat und die beiden beteiligten Ratsmitglieder.

> **Die Lösung werde von allen Freunden des Völkerbundes mit Befriedigung und Stolz aufgenommen werden.**

Die öffentliche Meinung und das Parlament in England hätten diese Angelegenheit mit besonderem Interesse verfolgt. Er sei glücklich,

> **daß das System des Minderheitenschutzes nach dem Genfer Abkommen und dem allgemeinen Minderheitenschutzvertrag vom Völkerbundsrat so fest aufrecht erhalten worden sei.**

Die Aufrechterhaltung dieser Verträge sei von **größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens.**

> **Wenn das Minderheitensystem zusammenbreche und das Vertrauen der Minderheiten zu diesem System erschüttert werde, würden unabsehbare Folgen unvermeidlich sein.**

Henderson forderte dann die **Mehrheit** im polnischen Staate auf,

> **alles zu unterlassen, was die Interessen und Rechte der Minderheiten beschränken könne.**

Die Minderheiten in Polen sollten auch in ihrem eigenen Interesse **loyal gegenüber der Regierung bleiben**, unter der sie leben müßten.

Henderson erklärte zum Schluß, er sei fest überzeugt, daß man nun am Beginn **einer neuen und endgültigen Bemühung stehe**, zu einer ständigen Form

> **der Erfüllung der Bestimmungen des Genfer Minderheitenabkommens und des Minderheitenschutzvertrages zu gelangen.**

Die Annahme des Berichtes erfolgte einstimmig ohne weitere Aussprache. Damit wir die Januar-Tagung des Völkerbundsrates abgeschlossen.

Der „Abrüstungsbeschluß des Völkerbundsrates“

Genf. Der Völkerbundsrat hat in einer nicht öffentlichen Sitzung den Bericht des spanischen Botschafters für die Einberufung der Abrüstungskonferenz endgültig angenommen. Die Entschließung des Völkerbundsrates sieht folgende Punkte vor:

1. **Der Völkerbundsrat nimmt den Bericht des Abrüstungsausschusses und den von ihm ausgearbeiteten Entwurf für ein allgemeines Abrüstungsabkommen zur Kenntnis.**
2. **Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär des Völkerbundes, sämtlichen Regierungen den Abkommensentwurf, sowie den Bericht des Berichterstatters zu übermitteln.**
3. **Die Abrüstungskonferenz wird zum 2. Februar 1932 einberufen.**
4. **Der Völkerbundsrat beschließt, die Abrüstungskonferenz in Genf abzuhalten unter dem Vorbehalt, daß sämtliche Vorbedingungen der Abhaltung der Konferenz sowie die pressetechnischen Voraussetzungen bis zur Maitagung gesichert sind.**
5. **Der Völkerbundsrat beschließt, den Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf einer der nächsten Tagungen zu ernennen.**
6. **Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär, gemeinsam mit den Berichterstattern die notwendigen technischen Vorbereitungen für die Abhaltung der Konferenz zu führen und sich hierbei die Mithilfe der einzelnen Regierungen zu sichern.**

Der Bericht über die Schuldfrage

Die Verantwortung des Wojewoden.

Genf. Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend Abend in der öffentlichen Schlußsitzung den endgültigen Bericht des **japanischen** Botschafters in seiner Eigenschaft als Berichterstatter über die Regelung der deutschen Beschwerde gegen Polen wegen der Vorgänge in Oberschlesien und im Korridor **einstimmig** angenommen.

Der Bericht ist auf den in den **direkten** Verhandlungen der deutschen Abordnung mit dem Berichterstatter und dem **englischen und französischen** Außenminister getroffenen Vereinbarungen aufgebaut und enthält zusammengefaßt mit einer **Wiedergabe** der Stellungnahme der deutschen und der polnischen Regierung eine Bewertung der Vorgänge und der Lage sowie der sich hieraus ergebenden Schlußfolgerungen für den Völkerbundsrat. Der Bericht besteht aus vier Teilen:

Der erste Teil gibt zusammenfassend den Inhalt der drei deutschen Noten an den Völkerbund wieder,

> **nach denen ein Bruch der Bestimmungen des Genfer Minderheitenabkommens sowie des Polen auferlegten allgemeinen Minderheitenschutzvertrages vorliegt.**

Nach der Stellungnahme der deutschen Regierung sei die deutsche Minderheit durch die verschiedensten Maßnahmen an der freien Ausübung des Wahlrechtes **gehindert** worden und zwar durch direkte Angriffe auf Einzelpersonen oder auf das Eigentum von Angehörigen der deutschen Minderheit wie durch unmittelbare Beschränkung des Wahlrechts.

Der zweite Teil behandelt eingehend die annormalen Bedingungen, unter denen sich die polnischen Wahlen im November 1930 für die deutsche Minderheit vollzogen hätten und stellt fest,

> **daß durch die Haltung der polnischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit nach Ansicht der deutschen Regierung eine Verminderung der parlamentarischen Vertretung der deutschen Minderheit in Polen herbeigeführt worden sei.**

Die polnische Regierung führe jedoch die von der deutschen Regierung angegebenen Wahlvorgänge auf andere als die von der deutschen Regierung angegebenen Ursachen zurück. Der Bericht stellt dann fest,

> **daß die polnische Regierung die Vorfälle als solche nicht leugne,**

jedoch auf die Behandlung dieser Vorfälle durch die in den Wahlgesetzen vorgesehenen Rechtsinstanzen hinweise. Es lägen keine ausdrücklichen Anzeichen dafür vor, daß sich in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen ähnliche Vorgänge wie in Oberschlesien abgespielt hätten. Jedoch liege die Annahme nahe, daß sich in diesen beiden Wojewodschaften doch ähnliche Vorgänge abgespielt haben.

> **Für den Völkerbund seien jedoch nicht die Einzelheiten, sondern die politische Seite dieser Frage allein von entscheidender Bedeutung.**

Der dritte Teil behandelt die unmittelbar gegen die Person oder das Eigentum der Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen gerichteten Angriffe und weist auch auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien hin, die 255 derartige Fälle angibt. In dem Bericht heißt es sodann wörtlich:

> **Niemand hat bestritten, daß Vorfälle dieser Art stattgefunden haben und daß diesen Vorfällen ein genügendes Schwergewicht beizumessen ist, um daraus in vielen Fällen auf einen Bruch der Artikel 75 und 83 des oberschlesischen Minderheitenabkommens schließen zu können.**
>
> Die polnische Regierung hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. **Das sind die ersten Feststellungen, die der Völkerbundsrat vornehmen muß. Von entscheidender Bedeutung** ist jedoch nach der Erklärung des deutschen Ratsmitgliedes hierbei die Haltung der polnischen Behörden.

Hiernach muß eine Unterscheidung zwischen der direkten und der indirekten Verantwortlichkeit der polnischen Behörden gemacht werden. Zu der direkten Verantwortlichkeit hat die polnische Regierung mitgeteilt, daß die vom Deutschen Volksbund angegebenen Fälle bereits Gegenstand einer **eingehenden Untersuchung sind.**

125 Fälle sind von den Gerichten geprüft worden. In 28 Fällen hat die Staatsanwaltschaft der polnischen Republik ein offizielles Verfahren eingeleitet. In 10 Fällen haben die zuständigen Gerichte bereits ein Urteil herbeigeführt. Gegen 17 Beamte ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. 9 Beamten sind gerügt worden. In 83 weniger bedeutungsvollen Fällen ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, in

Moskau und Minderheitsfragen

Moskau. Die Genfer Verhandlungen über die Oberschlesien-Frage, haben in Moskauer politischen Kreisen starke Beachtung gefunden. In Moskau wird von der Art der Beilegung dieses Streites nicht viel gehalten, weil der vom Völkerbundsrat angenommene Bericht nur dann praktischen Wert erhalte, falls Polen tatsächlich die formellen Beschlüsse des Völkerbundes durchführen und die schuldigen Beamten bestrafen sollte. Es wird aber bezweifelt, daß Polen im Mai eine Mitteilung im Sinne der Vereinbarung machen wird, da die polnische Regierung mit ihrer Taktik nur Zeit gewinnen wolle, um gegen Deutschland einen Gegenstoß zu unternehmen. Auf jeden Fall habe der Kampf um die deutsche Minderheit im Völkerbund wieder gezeigt, daß der Völkerbund nicht in der Lage sei, gewisse politische Probleme zu lösen, da er immer noch ein Werkzeug in den Händen derjenigen Mächte sei, die sich auf den Versailler Vertrag stützten.

Gandhi freigelassen

Berlin. Der Vizekönig von Indien hat nach einer Meldung Berliner Blätter aus **Delhi** die bedingungslose Freilassung Gandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des ostindischen Kongresses angeordnet. Gleichzeitig hat er die Aechtung dieses Ausschusses als ungesetzliche Körperschaft aufgehoben. Die Freilassung Gandhis ist eine Auswirkung des Abschlusses der Londoner Rundtischkonferenz. Gandhi wurde am 5. Mai vorigen Jahres als Führer im Kampfe gegen das Salzmonopol verhaftet.



Er soll die Arbeitslosigkeit in U. S. A. bekämpfen

Col. Arthur **Wood** wurde von Präsident Hoover zum Direktor eines neugegründeten Komitees zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Amerika ernannt. Ob es ihm gelingen wird, der Wirtschaftsnot Herr zu werden, von der nun auch die Vereinigten Staaten so schwer heimgesucht werden.

11 Fällen haben die Behörden aus verschiedenen Gründen die Untersuchung eingestellt.

Der Völkerbundsrat nimmt von diesen Maßnahmen der polnischen Regierung Kenntnis. Andererseits wünscht der Völkerbundsrat,

daß die polnische Regierung auf der nächsten Tagung des Rates einen ins Einzelne gehenden und vollständigen Bericht über die Ergebnisse der eingeleiteten Untersuchung der einzelnen Fälle erstattet,

sowie über die von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Bestrafung, sowie zur Entschädigung der Geschädigten berichtet."

Der entscheidende Teil 4 des Berichtes, der die eigentliche Stellungnahme des Völkerbundsrates enthält, hat folgenden Wortlaut:

„Ich gebe mir völlige Rechenschaft über den besonders heiklen Charakter der indirekten Verantwortlichkeit der polnischen Behörden.

Ich möchte zunächst die hohe Bedeutung der Tatsache unterstreichen; daß sowohl im Interesse der inneren Konsolidierung als auch des internationalen Friedens in solchen Gebieten, wie in der Wojewodschaft Schlesien,

alles vermieden werden muß, was auf eine direkte oder indirekte Weise die Gemüter erregen oder die Leidenschaften aufpeitschen könnte.

Es versteht sich von selbst, daß dies den polnischen Behörden eine besondere Verantwortlichkeit und Verpflichtung auferlegt und ihnen

eine gewissenhafte Achtung vor den Rechten der Minderheit

und weitestgehend den Geist der Verständigung zur Pflicht macht.

Besonders ist es unbedingt erforderlich, daß in keinem einzigen Fall eine polnische Behörde, welche sie auch sei und je höher die betreffende Behörde gestellt ist, um so dringender stellt sich diese Verpflichtung dar, in den Verdacht geraten kann, an den politischen Kämpfen teilzunehmen, insbesondere wenn sie einen Minderheiten-Charakter tragen.

Andererseits ergibt sich aus den dem Völkerbund vorgelegten Urkunden und den Verhandlungen der letzten Tage der Eindruck,

daß der Verband der Aufständischen von einem Geist beseelt war, der sicher nicht geeignet war, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern.

Die Versöhnung der Elemente ist eine Bedingung der politischen Konsolidierung in diesem Teil Europas. Es ist offensichtlich, daß in Gebieten gemischter Bevölkerungen, wie in Oberschlesien,

kein Verband von ausgesprochen nationaler Tendenz eine privilegnierte Stellung einnehmen darf,

die die Interessen einer Minderheit einschränkt. Es liegt daher ein dringendes Interesse vor, daß die polnische Regiernug, um dieses Ziel zu erreichen, die notwendigen Maßnahmen ergreift, damit das besondere Band verschwindet.

das zwischen den Behörden und diesen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, bestehen könnte, wie gerade beim Aufständischenverband.

In diesem Fall ist es unerläßlich, daß der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien das Gefühl des Vertrauens wiedergegeben wird,

das leider aufs Tiefste erschüttert zu sein scheint und ohne das eine Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Minderheit nicht hergestellt werden kann.

Die internationalen Verträge und die Beschlüsse der Vollversammlung und des Rates des Völkerbundes legen diese Zusammenarbeit dem Staat und den interessierten Minderheiten als eine unabweisbare Pflicht auf. Der Völkerbundsrat wird daher zu gegebener Zeit, noch vor der nächsten Tagung des Völkerbundsrates, von den Beschlüssen Kenntnis zu nehmen haben, die die polnische Regierung in dieser Frage ergreift.

Die Beschwerde des Fürsten Pleß erst im Mai

Genf. In der großen Beschwerde des Fürsten Pleß gegen die von der polnischen Regierung genen die Pleß'sche Verwaltung ergriffenen Zwangsmaßnahmen und die unrechtmäßige Steuerveranlagung ist in direkten Verhandlnngen zwischen dem Wojewoden Grazynski und dem Prinzen Pleß eine Einigung dahin erzielt worden, daß die bereits in Kraft gesetzten Zwangsmaßnahmen gegen die Pleß'sche Verwaltung bis zum 15. Juni aufgehoben werden. Ueber die Regelung der Steuerfrage werden weitere Verhandlungen geführt werden. Die Beschwerde des Fürsten Pleß als solche ist auf die Maitagung des Völkerbundsrates vertagt worden.

Laurahütte u. Umgebung

Sanitätsrat Dr. Radmann 60 Jahre.

Am heutigen Montag, den 26. Januar, feiert der Chefarzt des Knappschaftslazaretts Siemianowitz, Herr Sanitätsrat Dr. Radmann seinen 60. Geburtstag. Seit 28 Jahren ist Sanitätsrat Dr. Radmann Leiter des Knappschaftslazarett Siemianowitz. Wir gratulieren.

Ehrungen langjähriger Feuerwehrleute.

In der letzten Sitzung des Schlesischen Feuerwehrverbandes wurden nachstehende Feuerwehrleute aus Simianowitz für ihre langjährige Dienstzeit besonders geehrt: Krol P., Gawel P., (35 Jahre); Lipaszewski A., Kratochwil K. und Golas A. (30 Jahre); Dziadek P., Przybylla K., (25 Jahre). Diesen braven Feuerwehrmänner entsenden auch wir die herzlichsten Gratulation. m.

Vom Standesamt.

Vom 17. bis zum 23. Januar sind am hiesigen Standesamt 10 Neugeburten gemeldet worden, davon 7 Knaben und 3 Mädchen. Gestorben sind in derselben Zeit: Marzec J., Drynda L., Kroszczyk H., Kowollik E., Schmidt W., Wypior G., Schymetzki G., Kutschera J., Schymalla A. m.

Vermißt.

=o= Am 7. Januar d. Js. entfernte sich der 23jährige Erich Hartmann von der ul. Piaskowa 2 in Siemianowitz aus der elterlichen Wohnung und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zurück. Nach einer Beschreibung ist der Verschwundene 174 Zentimeter groß, von kräftiger Statur und blond. Er trug einen schwarzen Anzug, Sommermantel und schwarze Schnürschuhe. Personen, die über den jetzigen Aufenthalt des Vermißten irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kattowitzer Polizeidirektion auf der ul. Zielona, oder bei der nächsten Polizeistelle zu melden.

Die Verstaatlichung des Kommunalgymnasiums.

Am letzten Freitag wurde in der Sitzung der Kommission für Schulangelegenheiten, im Schlesischen Sejm über den von der Korfantypartei eingebrachten Antrag, auf Verstaatlichung des Kommunalgymnasiums in Siemianowitz verhandelt. Ueber diesen Antrag entspann sich eine erregte Debatte, in deren Verlauf der Abgeordnete Rengorowicz von der Sanacjapartei den Standpunkt vertrat, daß die Verstaatlichug dieser Lehranstalt nicht möglich wäre, da kein Fonds dafür vorhanden sei. Schließlich wurde das Projekt in erster Lesung angenommen.

Vollbesetzter Autobus fährt gegen ein Telephonmast.

Ein mit Fleischern vollbesetzter Autobus, der vom Besitzer M. Czimny aus Malobondz geführt wurde, fuhr auf der Chaussee Bendzin, infolge Glätte gegen einen Telefonmast u. wurde stark beschädigt. Unter den Passagieren befand sich auch der in Siemianowitz wohnhafte P. Bartoschek, der beim Zusammenprall schwere Verletzungen am Kopf und Rücken erlitt. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus nach Bendzin eingeliefert. Die übrigen Insassen erlitten gleichfalls erhebliche Verletzungen. m.

Panik im Autobus.

=o= Ein zwischen Siemianowitz und Kattowitz verkehrender Autobus wollte gegen 5,15 Uhr nachmittags in der Nähe von Hohenlohehütte einem Fuhrwerk ausweichen. Dabei geriet er auf der glatten Chaussee ins Schleudern und fuhr mit der einen Seite in den Graben, so daß der Autobus fast kippte. Der Insassen bemächtigte sich eine Panik, wobei ein Fräulein G. aus Siemianowitz in Ohnmacht fiel. Glücklicherweise wurde niemand weiter verletzt, nur wurden die Passagiere ordentlich durcheinandergeschüttelt. Die Ohnmächtige wurde nach der Ankunft in Siemianowitz in ihre Wohnung geleitet.

Noch eine „Manna"-Filiale in Laurahütte.

Vor nicht langer Zeit eröffnete die Kommunalbäckerei in Bismarckhütte nacheinander 2 Filialen in Laurahütte. Der an und für sich schlechte Geschäftslauf, brachte den hiesigen Bäckern eine weitere Hemmung. Obwohl die Preise für die Backwaren in diesen „Manna"-Filialen, mit denen der anderen Bäckereien, gar nicht unterschiedlich sind, verlaufen sich trotzdem einige Käufer aus Neugierde in diese Verkaufsstellen und decken dort ihren Bedarf ein. Wie wir nun hören, plant die Bismarckhütter Großbäckerei schon in allernächster Zeit eine weitere Filiale auf der Wandastraße zu errichten. Die einschlägigen Bäcker werden gegen diese Konkurrenz schärfsten Protest einlegen. Von den Kunden der „Manna"-Filiale planen die hiesigen Bäcker in Zukunft kein Hausbackbrot anzunehmen. m.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp Katowice, Kościuszki 29

Aus den Innungen.

Heute, Montag, den 26. Januar hält die Friseurinnung im Promenadenrestaurant auf der ulica Stadika ihre fällige Quartalsversammlung ab. Da die Tagesordnung recht reichhaltig ist, werden die gesamten Mitglieder gebeten, recht pünktlich und zahlreich erscheinen zu wollen. — Die Tischlerzwangsinnung von Siemianowitz hält gleichfalls am heutigen Montag im Restaurant Duda ihre Quartalsversammlung ab. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Innungsmitglieder um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten. Beginn 4 Uhr nachmittags. m.

Maskenball der Schwimmer.

Das diesjährige Faschingsvergnügen des hiesigen 1. Schwimmvereins, das am Sonnabend Abend in Form eines Maskenballes im Generlich'schen Saale gefeiert wurde, gestaltete sich auch diesmal zu einem wahren „Volksfest". Die gesamten Räume des Generlichschen Etablissement waren drückend voll. Die hübsch-dekorierten Räume boten einen angenehmen Aufenthalt. Hervorragend konzertierte die Original-Jazzkapelle „Lipowitz-Münzer" aus Kattowitz, die flott Stück für-Stück spielte. Die Stimmung unter den Gästen war ausgezeichnet. Ein jeder amüsierte sich in vollem Maße. Das bunte Allerlei der Masken gab dem Feste ein besonderes Gepräge. m.

Monatsversammlung der Freiwilligen Feuerwehr.

=o= Am vergangenen Donnerstag, abends 8 Uhr, hielt die Freiwillige Feuerwehr von Siemianowitz im Saale des Feuerwehrdepots ihre fällige Monatsversammlung ab, die von dem 1. Vorsitzenden Kowalek geleitet wurde. Auf der Tagesordnung standen 5 Punkte. Das Protokoll der letzten Versammlung konnte nicht verlesen werden, da der 1. Schriftführer die Protokolle in der letzten Zeit sehr vernachlässigt hat; es soll in der nächsten Sitzung verlesen werden. Der 1. Vorsitzende gab dann bekannt, daß in Zukunft sämtliche Anträge schriftlich an den 1. Leiter Stasch eingereicht werden sollen, die dann mit dem 1. Vorsitzenden zusammen erledigt werden. Ferner sprach der Vorsitzende über die Unfalleistungen der „Vita", die jedem aktiven Mitglied 10 Zloty pro Tag zahlt; die Unterstützung aus der Feuerversicherung beträgt 7 Zloty pro Tag. Näheres über die Versicherungsbedingungen wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben werden. Hierauf gab der Kassierer einen kurzen Kassenbericht über die letzte Weihnachtsfeier. Das diesjährige Faschingsvergnügen fand am 24. Januar statt. Zum Schluß teilt der Vorsitzende mit, daß bei dieser Gelegenheit etwa 15 aktive Mitglieder für treue Dienste ausgezeichnet werden sollen. Um 9½ Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 27. Januar 1931.

1. hl. Messe für verst. Johann und Filip Brieger und Verw.
2. hl. Messe für ein Brautpaar Szczepnek-Scsinski.

10 Uhr: römische Trauung Zbelty-Jmiolczyk.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Dienstag, den 27. Januar 1931.

6 Uhr: mit Kondukt für verst. Josef, Martha und Vinzent Garbas und Marie Ogorek.

6½ Uhr: für das Brautpaar Kowollik-Dyllong.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 16.10: Kinderstunde. 16.25: Schallplatten. 17.45: Volkstümliches Konzert. 18.45: Vorträge. 19.50: Uebertragung einer Oper.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 16.15: Schallplatten. 17.45: Sinfoniekonzert. 18.45: Verschiedene Vorträge. 19.50: Uebertragung einer Oper.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Dienstag. 12.35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß. 15.20: Kinderfunk. 15.45: Unterhaltungskonzert. 16.15: Das Buch des Tages. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht; anschließend: Stunde der Naturwissenschaften. 17.20: Deutsche Kolonien in Ostgalizien. 17.45: Europas Werdegang. 18.15: Stunde der werktätigen Frau. 18.45: Wettervorhersage, anschließend: Das West-Ost-Problem in seiner historischen Entwicklung. 19.15: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik der Schlesischen Philharmonie. 20.15: Gaspard Ruiz. 21.00: Abendberichte. 21.10: Mozart-Konzert. 22.15: Aus Berlin: Politische Zeitungsschau. 22.40: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.50: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V. 22.55: Morsekursus für Kurzwellenamateure. 23.10: Unterhaltungs- und Tanzmusik der Funkkapelle. 0.30: Funkstille.

